

## **Zur Verfolgung in den „Bürgersälen“ im Frühjahr 1933 und zum gesellschaftlichen Umgang mit dem damaligen Geschehen in der Nachkriegszeit**

Ansprache zur Gedenkfeier der Stadt Kassel am 27. Januar 2009  
von Gunnar Richter

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hilgen,  
sehr geehrte Frau Haß,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Zum heutigen Gedenktag möchte ich Ihnen etwas zum Geschehen in den „Bürgersälen“ im Frühjahr 1933 vortragen, zum Umgang mit den Tätern in der Nachkriegszeit und zum Prozess der Erinnerung an diesen Ort sowie an die damaligen Verfolgten und Opfer.

Unmittelbar nach der Machtübernahme, im März 1933, unmittelbar nach dem Reichstagsbrand und der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ (der sog. „Reichstagsbrandverordnung“) setzte in ganz Deutschland eine riesige Verhaftungswelle von zunächst überwiegend politischen Gegnern des NS-Staates ein – unter denen sich auch zahlreiche Juden befanden. Es handelte sich um Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter, weltoffene kritische Demokraten und Intellektuelle. Sie wurden von SA- und SS-Männern (die zur Hilfspolizei ernannt worden waren) ohne Gerichtsverfahren verhaftet, öffentlich gedemütigt und in regelrechten Folterkellern schwer misshandelt. Anschließend wurden viele der Gegner in so genannten „Schutzhaftstellen“ und in Gefängnissen inhaftiert. Als die Gefängnisse daraufhin bald hoffnungslos überfüllt waren, wurden in Deutschland die ersten Konzentrationslager für diese Gefangenen eingerichtet – für den Regierungsbezirk Kassel war es im Juni 1933 das Konzentrationslager Breitenau. Die Verhaftungs- und Terrorwelle im ersten Halbjahr 1933, die vom NS-Staat auch als „nationale Revolution“ bezeichnet wurde, war der gewalttätige Beginn einer Entwicklung von staatlicher Diskriminierung, Aussonderung und Verfolgung, die in den millionenfachen Morden in ganz Europa endete.

Wir stehen hier an der Stelle, an der sich eine solche Folterstätte der SA befand – wobei es in Kassel und im Umland zahlreiche weitere solcher Folterstätten gab. (Nennen möchte ich das „konfiszierte Haus der Wassersportfreunde an der Fulda neben dem Auebad und die ehem. NSDAP-Parteizentrale an der Wilhelmshöher Allee, die Walkemühle bei Melsungen, der Karlishof in Wabern). Ursprünglich verlief hier die Obere Karlsstraße bis hoch zur Murhardschen Landesbibliothek – dieser Platz wurde erst nach dem Krieg geschaffen.

### **Auf dieser Gedenktafel heißt es:**

„Die Bürgersäle:

Hier befand sich die im Zweiten Weltkrieg zerstörte Gaststätte „Bürgersäle“, ein Versammlungslokal von NSDAP und SA.

In den Kellergewölben wurden im März 1933 zahlreiche unschuldige Menschen, vor allem Juden, Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten erniedrigt, geprügelt und gefoltert. Rechtsanwalt Dr. Max Plaut starb am 31. März 1933 an den Folgen der eine Woche zuvor hier erlittenen Qualen.“

Dr. Max Plaut wurde 1888 als Sohn des Bankiers Leopold Plaut in Kassel geboren. Sein Vater war tief gläubiger Jude und lange Zeit Gemeindeältester der jüdischen Gemeinde Kassel. Max

Plaut besuchte das Wilhelmsgymnasium und studierte in Göttingen, Jena und Genf Rechtswissenschaften. Seine Rechtsanwalts- und Notarskanzlei hatte er in der Wolfsschlucht Nr. 24a. Max Plaut liebte klassische Musik, spielte selbst Geige und beschäftigte sich mit dem Kasseler Musikleben. Seit etwa 1921 bis 1931 schrieb er Musikkritiken für die Kasseler Neuesten Nachrichten, die auch überregional beachtet wurden. Den Nazis war Max Plaut aus einzelnen Verfahren als Prozessgegner bekannt und auch als „sarkastischer Musikkritiker eines Operrettentenors“, der gleichzeitig Mitglied in der SA war. Die Folge war, dass es im NS-Blatt „Hessische Volkswacht“ immer wieder Hetzartikel gegen ihn gab, und er bereits vor der Machtergreifung massiv von den Nazis bedroht wurde.

Am 24. März 1933 wurde Max Plaut von SA-Männern aus seinem Büro in der Wolfsschlucht geholt und unter Gejohle durch die Wilhelmsstraße getrieben. In einem bereits 1933 in Paris erschienenen „Braunbuch“ heißt es dazu:

„Der Rechtsanwalt Dr. Max Plaut wurde an diesem Tag von einer großen Horde [SA-Männern, GR] aus seinem Büro geholt und im geschlossenen Zug durch die Hauptstraße geführt. Unterwegs wurde er durch Schläge mit Gummiknüppeln gezwungen, ‚Heil Hitler‘ zu rufen, worauf jedes Mal ein wildes Gebrüll von Seiten der Nazis ertönte. Plaut wurde dann in das Hauptversammlungslokal der NSDAP – die Bürgersäle in der Karlsstraße - gebracht, und dort wurde ein sogenanntes Standgericht über ihn abgehalten. (...) Plaut wurde wegen angeblicher beruflicher Verfehlungen zu 200 Schlägen mit dem Gummiknüppel verurteilt.“ Zur Vornahme der Prozedur wurde er in einen unter dem Versammlungslokal befindlichen Keller gebracht und dort auf einen Bock geschnallt. Die Misshandlungen wurden dann in der fürchterlichsten Form vorgenommen und dauerten fast zwei Stunden. Nach einer gewissen Zeit war Plaut ohnmächtig geworden und wurde dann durch Übergießen mit Wasser wieder zum Bewusstsein gebracht. (...) Als er dann einigermaßen wieder zur Besinnung gekommen war, gingen die Misshandlungen in derselben Weise weiter. Nach Beendigung der grauenvollen Züchtigung hatte er vollkommen das Bewusstsein verloren und wurde blutüberströmt in einer Ecke liegen gelassen.“

Danach wurde Max Plaut in seine Wohnung in der Wilhelmshöher Allee 55 gebracht. Aufgrund seiner schweren Verletzungen (u.a. Quetschungen von Nieren und Lungen) und den damit verbundenen unerträglichen Schmerzen musste er in den folgenden Tagen in dauernder Narkose gehalten werden. Sieben Tage später, am 31. März 1933, verstarb er an den Folgen der Misshandlungen.

Nach seinem Tode leitete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren „gegen Unbekannt“ wegen eines Tötungsdeliktes ein – das allerdings mit der Verfahrenseinstellung endete.

Max Plaut hinterließ seine Ehefrau mit drei Kindern, die zu diesem Zeitpunkt 15, 9 und 7 Jahre alt waren. Seine Witwe verließ danach mit ihren Kindern umgehend Deutschland und zog mit ihnen in die Schweiz.

### **Was geschah mit den Tätern?**

Am 12. Oktober 1948 begann vor der 8. Strafkammer des Landgerichts in Kassel ein Prozess gegen 9 ehemalige SA-Angehörige, denen die Misshandlungen in den Bürgersälen vorgeworfen wurden.

Von den neun ehemaligen SA-Männern stammten fünf aus Kassel, die anderen aus der nordhessischen Region. Unter ihnen befand sich der ehemalige Kreisleiter und Bürgermeister von Bad Wildungen, Rudolf Sempf; die anderen waren von Beruf u.a. Kraftfahrzeugmeister, Bauschlosser, Installateur, Maschineningenieur und Zahnarzt.

# Unvergessene Opfer

## 100 Gäste bei Gedenkfeier auf dem Karlsplatz

**KASSEL.** „Wir stehen hier an einer Stelle, an der sich eine Folterstätte der SA befand“, sagt Dr. Gunnar Richter, Leiter der Gedenkstätte Breitenau.

Gestern trafen sich 100 Teilnehmer vor der Gedenktafel der ehemaligen NSDAP und SA Gaststätte „Bürgersäle“ auf dem Karlsplatz, um der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. Im Keller der „Bürgersäle“ wurden 1933 zahlreiche unschuldige Menschen gefol-

tert. Nach einer Begrüßung durch Oberbürgermeister Bertram Hilgen veranschaulichte Richter anhand eines Einzelschicksals die Geschehnisse. Thorsten Seyder sorgte mit getragener Blasmusik für die musikalische Untermalung. „Die Gedenktafeln in Kassel sollen als Mahnung gegen Antisemitismus, Rechtsradikalismus und Gewalt wahrgenommen werden“, sagt Richter. (phc)



Gedenken auf dem Karlsplatz: Bertram Hilgen (von links), Thorsten Seyder und Gunnar Richter auf dem Karlsplatz. Foto: C. Hartung

(HNA-Kassel vom 28. Januar 2009)

Zu den Misshandlungen, die am 24. und 24. März 1933 in den Bürgersälen stattfanden, stellte das Gericht fest:

„Der Geheimdienst der SA-Standarte 83 bildete in Zusammenwirken mit anderen der SA nahestehenden Zivilisten oder Parteifreunden ein sogenanntes ‚Revolutionstribunal‘ in den Bürgersälen. Diesem wurden die Festgenommenen vorgeführt und zu irgendwelchen Vorwürfen, die gegen sie erhoben worden waren, vernommen und dann einem SA-Rollkommando überantwortet, das sie mit Gummiknüppeln zusammenschlug.“

Misshandelt wurden dort – neben zahlreichen anderen – der Wohlfahrtsdezernent Dr. Haarmann, der Bürodirektor Sauerland, der SPD-Stadtverordnete Wittrock, die jüdischen Bürger Plaut, Dalberg, Strauß, Ball und Freudenstein.

Am 15. Oktober 1948 wurde das Urteil verkündet, und fünf ehemalige SA-Männer wurden zu Gefängnis- und Zuchtshausstrafen zwischen vier Jahren und sieben Monaten verurteilt.

Vier der Angeklagten wurden freigesprochen, unter ihnen der Kreisleiter und Bürgermeister von Bad Wildungen, Rudolf Sempf. Er wurde jedoch ein Jahr später in einem Verfahren wegen der „blutigen Vorgänge im März 1933 in Ochshausen“ einem Ortsteil von Lohfelden (auch dort gab es schwere Misshandlungen von politischen Gegnern) wegen gefährlicher Körperverletzung zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis verurteilt – aber dieses Urteil wurde 1951 in einem erneuten Verfahren aufgehoben. Man wollte ab diesem Zeitpunkt mit dem Geschehen im Nationalsozialismus abschließen.

### **Zum Umgang mit der Geschichte des Ortes und der Verfolgung:**

Nachdem es bereits Ende 1947 von der KPD und der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) erste Anregungen für ein Mahnmal für die NS-Verfolgten gegeben hatte, stellte im Oktober 1948 die SPD-Fraktion den Antrag auf die „Einrichtung einer würdigen Erinnerungsstätte für die Opfer des Faschismus“. Daraufhin machte der Stadtverordnete, Oberregierungsrat Theodor Hüpeden von der SPD, folgenden Vorschlag:

„Die Stadt erwirbt das Grundstück auf dem die Bürgersäle errichtet worden waren, errichtet dort eine Grünanlage und bringt an der eindrucksvollsten Stelle die Mahnung an: ‚Hier begannen die Greuel, die im Laufe des Hitler-Regimes zu dem riesigen Elend Deutschlands und der ganzen Welt geführt haben.‘“

Theodor Hüpeden war im März 1933 selbst verhaftet und die die Bürgersäle gebracht worden. Wie er in dem Verfahren gegen die SA-Männer aussagte, habe man ihn dort verhört und über Nacht festgehalten, aber nicht misshandelt. Er habe jedoch gehört, wie andere Verhaftete geschlagen worden seien, auch habe er Schreie vernommen. (...) Man habe ihn mit einem jüngeren KPD-Mann über Nacht festgehalten. Dieser sei so stark geschlagen worden, daß das Blut aus den Hosen gelaufen sei; sein Gesicht sei nicht mehr zu erkennen gewesen. Er selbst sei auf Intervention seiner vorgesetzten Dienstbehörde am nächsten Tag entlassen worden.

Vor dem Hintergrund seiner persönlichen Erfahrungen machte er den Vorschlag, hier – an dieser Stelle - das offizielle Mahnmal der Stadt Kassel für die Verfolgten des NS-Regimes zu errichten. Es gab jedoch noch andere Vorschläge. Einer davon war, die Ruine der Karlskirche als Mahnmal zu nutzen. Allerdings war die Kirchengemeinde dagegen, die die Kirche wieder als Gotteshaus aufbauen wollte, was ja auch geschah. Nachdem der Platz vor dem Rathaus als zu laut angesehen wurde, einigte man sich auf das Rasendreieck vor der Murhardschen Bibliothek. 1950 wurde dafür ein Wettbewerb ausgeschrieben, den der ehemalige Direktor und Professor der Kasseler Kunstgewerbeschule, Hans Sautter, gewann. Für seinen Entwurf sah er allerdings einen anderen Standort vor – ein Rondell hinter der Murhardschen Bibliothek, das er umgestaltete – und 1953



Blick auf die nach dem Zweiten Weltkrieg erweiterte Obere Karlstraße

### Die Bürgersäle

In der Oberen Karlstraße befand sich die Gaststätte »Bürgersäle«, die von SA und NSDAP als Versammlungsort genutzt wurde. In den Kellergewölben misshandelten und demütigten die Nazis sozialdemokratische, gewerkschaftliche und kommunistische Gegner und Akademiker aus dem deutsch-jüdischen Bürgertum. Rechtsanwalt Dr. Max Plaut, den die Kasseler Nazi-Presse bereits vor 1933 diffamiert und beleidigt hatte, starb an den Folgen der eine Woche zuvor dort erlittenen Verletzungen am 31. März 1933.



Dr. Max Plaut

→ »Am gleichen Tag wurde der Rechtsanwalt Dalberg in der schwersten Weise misshandelt, und zwar am gleichen Ort und in ähnlicher Weise wie Plaut«.

Aus dem »Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror«. Paris 1933

Die Bürgersäle in der Oberen Karlstraße, um 1938



(aus: Dietfrid Krause-Vilmar: Orte der Erinnerung und Mahnung. Kassel 1933-1945. Ein Wegweiser (Grafik: Stephan von Borstel), herausgegeben vom Stadtarchiv und Stadtmuseum der Stadt Kassel, Kassel 2008, Tafel 9.)

wurde dort im „Fürstengarten“ das offizielle Mahnmal der Stadt Kassel für die Opfer des Nationalsozialismus eingeweiht.

Die ehemaligen Bürgersäle und die dort begangenen Misshandlungen gerieten in der Nachkriegszeit in Vergessenheit. Erst durch ein großes Forschungsprojekt zur Geschichte Kassels in der Zeit des Nationalsozialismus, das 1979 an der Gesamthochschule Kassel in Zusammenarbeit mit der Stadt Kassel begonnen wurde, wurde dies „wieder entdeckt“, und auf der Grundlage dieser Forschungen entstanden diese und weitere Gedenktafeln, die über die Stadt Kassel verteilt sind. Dieses Jahr erschien zu diesen Gedenkortern eine Broschüre und eine Ausstellung, die maßgeblich von Prof. Dr. Krause-Vilmar erstellt wurden, der einer der drei Leiter des damaligen Forschungsprojektes war.

Wir wünschen uns, dass diese Gedenktafeln und –orte mit dem damaligen Geschehen von den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt wahrgenommen werden: Als Erinnerung und Mahnung gegen Antisemitismus, Rechtsradikalismus und Gewalt – für eine gemeinsame demokratische Gesellschaft und Kultur - mit Menschenwürde, Gleichberechtigung und Toleranz.

### **Quellen und Literaturhinweise:**

Artikel der Hessischen Nachrichten (HN):

- HN, Nr. 145, 13.10.1948: „März 1933 in den Bürgersälen. Vernehmung der Angeklagten. Erste Zeugenaussagen“.
- HN, Nr. 146, 14.10.1948, S. 4: „Angeklagte leugnen weiter. Fortsetzung des Bürgersäle-Prozesses. Politische Leitung gegen SA“.
- HN, Nr. 147, 15.10.1948, S. 4: „Willy Becker gesteht. Becker und Lipp wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe verhaftet“.
- HN, Nr. 148, 16.10.1948, S. 1: „Urteil im Kasseler Bürgersäle-Prozeß“
- HN, Nr. 2390, 7.10.49, (S. 2003): „21 Monate für Ex-Kreisleiter Sempff – Die beiden Mitangeklagten erhielten je neun Monate Gefängnis“,
- HN, Nr. 69, 9.7.46, (S.162) Oberregierungsrat Theodor Hüpeden wird Vorsitzender der ersten Spruchkammer in Kassel

Hilde Dohmann: Erinnerung braucht einen Ort. Zum „Kasseler Mahnmal für die Opfer des Faschismus“, in: Rundbrief Nr. 17 des Fördervereins der Gedenkstätte Breitenau, Kassel 1998, S. 8-14.

Jörg Kammler, Dietfrid Krause-Vilmar (Hrsg.): Volksgemeinschaft und Volksfeinde, Kassel 1933-1945, Band 1: Eine Dokumentation, Kassel/Fuldabrück 1984, S. 230-233.

Dietfrid Krause-Vilmar: Hitlers Machtergreifung in der Stadt Kassel, in: Wilhelm Frenz, Jörg Kammler und Dietfrid Krause-Vilmar: Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945, Band 2: Studien, Kassel/Fuldabrück 1987, S. 13-36.

Martina Schröder-Teppe: Wenn Unrecht zu Recht wird ... Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte im Bezirk der Rechtsanwaltskammer Kassel nach 1933, herausgegeben von der Rechtsanwaltskammer Kassel, Kassel 2006.